

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 71 (1977)
Heft: 10

Artikel: USA - wohin? : "Brief aus Washington"
Autor: Berger, Roman
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-142690>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

USA — wohin?

«Brief aus Washington»

«Ich kann Sie versichern, mit dieser Wahl findet ein grundsätzliches und bedeutendes Ereignis statt. Dieses Ereignis bedeutet die Trennung zwischen 'Insidern' und 'Outsidern' (etwa Einbezogenen und Ausgeschlossenen, Außenseitern). Das amerikanische Volk weiß aus bitterer Erfahrung, daß wir nichts ändern, wenn wir bloß die gleiche Gruppe von 'Insidern' von einem Ort zum andern schieben . . . die Zeit ist gekommen für die große Mehrheit der Amerikaner — jene, die zu lange nur von außen zuschauen konnten — einen Präsidenten zu haben, der die Beziehung von innen nach außen krempeln wird». Präsidentschaftskandidat Jimmy Carter im Februar 1976. Jimmy Carter ist nun bald ein Jahr Präsident der USA. Wir erinnern uns an die Karikaturen und Kommentare, die uns den Erdnüsschenfarmer aus Amerikas Süden als «Erzengel» und «Superman» ankündigten, der die bösen Nixon-Geister aus dem «korrupten Washington» endgültig vertreiben, Amerikas Regierung, wie Carter immer wieder betonte, «zurück in die Hand des Volkes bringen» werde.

Wer sind Carters «Outsider»? Die elf Minister in Carters Kabinett vereinigen 30 Direktorentitel von großen US-Konzernen auf sich und bezogen 1976 ein durchschnittliches Jahreseinkommen von 211 000 Dollar. Ironischerweise sind sie — insgesamt gesehen — reicher als die «Insider» unter dem republikanischen Nixon. Die amerikanische Familie — dies als weiterer Vergleichspunkt — muß sich heute mit einem Jahreseinkommen von 14 000 Dollar begnügen. Reichtum allein sagt aber nicht unbedingt alles aus. Die ehemaligen Konzernchefs, Verwaltungsräte und Anwälte aus großen Anwaltsfirmen (die die Interessen der gleichen Konzerne vertreten), nehmen nun ja als Regierungsmitglieder mit dem Ministersalär von 65 000 Dollar beträchtliche Opfer auf sich. Diese Jahre in Washington jedoch sind wiederum gewinnbringende Investitionen. Die Minister kehren nachher meistens wieder in die gleiche Konzernwelt zurück, wo sie als «Washington-Insider» mit ihren reichen Erfahrungen und Beziehungen hoch willkommen sind und dafür auch entsprechend entschädigt werden, bis sie, von einer späteren Regierung, wieder als «Outsider», nach Washington gerufen werden.

Die Vance, Blumenthal und anderen haben den gleichen soziopolitischen Hintergrund und teilen die gleichen Wertvorstellungen, ohne die sie es auf der Stufenleiter der amerikanischen Gesellschaft gar nicht so weit gebracht hätten. Nichts unterscheidet sie von früheren Regierungen. Der Präsidentenberater für Sicherheitsfragen, Zbigniew Brzezinski, ist ein Protégé von David Rockefeller; sein Vorgänger Kissinger hatte

Nelson Rockefeller als Mäzen. Außenminister Vance, Verteidigungsminister Brown und Brzezinski gehörten dem mittleren Management der Johnson-Regierung an, wo sie während des Vietnam-Krieges gehorsame Diener ihres Herrn waren. Carter schöpfte für sein Regierungsteam ausgiebig aus der 'trilateralen Kommission', einer privaten Studiengruppe aus Vertretern von Multinationalen, Banken, Eliteuniversitäten und Gewerkschaften, ein Querschnitt, der kaum besser amerikanisches Establishment repräsentieren könnte. Daß Carter ebenfalls ein «Trilaterist» war, ist kein Beweis für eine dunkle Verschwörung, wie das von Extremisten vermutet wird, sondern nur das Resultat eines logischen Prozesses in einem politischen System, das sich auch nach «Watergate» und auch mit Carter nicht grundsätzlich verändert hat.

Watergate, der bisher peinlichste Umfall des amerikanischen Systems, wurde zu einem persönlichen Drama um Nixon und seinen Gang hochstilisiert. Man schickte sie in die Wüste, um nachher so rasch als möglich wieder zum «Business as usual» zurückzukehren. Über das Warum, die Ursachen von Watergate und Vietnam hat man sich in den USA beängstigend wenig Rechenschaft gegeben. Daß diese Katastrophen Ausfluß einer fehlgeleiteten Konzeption von «nationaler Sicherheit» und «nationalem Interesse» waren und ein ganzes Werte- und Denksystem hätten in Frage stellen sollen, ist wohl von einer Handvoll unbequemer aber nicht ernstgenommener «Dissidenten» erkannt, aber nicht in das Bewußtsein der Öffentlichkeit getragen worden, die sich nun wieder von den gleichen «Insidern» regiert sieht.

George Orwell schrieb in «1984»: «Eine herrschende Klasse ist so lange die herrschende Klasse, als sie ihre Nachfolger ernennen kann. Die Partei ist nicht interessiert an der Erhaltung des Blutes sondern an ihrem eigenen Fortbestand. Es ist nicht wichtig, wer die Macht ausübt, solange die hierarchischen Strukturen intakt bleiben».

Die «Partei» ist in den USA auch nach dem Machtwechsel von den Republikanern zu den Demokraten an der Macht geblieben. Das demonstriert Carters «herrschende Klasse». Natürlich ist sie nicht homogen. Es gibt Konservative und Liberale, Meinungsverschiedenheiten über taktisches Vorgehen und persönliche Rivalitäten. Das Ausscheiden des konservativen Budgetdirektors Bert Lance war ein Beispiel dafür. Präsident Carter aber, und darin unterscheidet er sich von früheren Präsidenten, hat sich zum Anwalt der Menschenrechte gemacht. Bei näherem Zusehen ist es jedoch wiederum nur ein Stilunterschied. Washington kritisiert nun mutig die Apartheid der südafrikanischen Regierung, schweigt aber über die amerikanischen Konzerne, die daselbe Regime wie viele andere auch stützen und von der Repression direkt profitieren. Wenn Carters Hausradikaler, UNO-Botschafter Andrew Young, von «Befreiung» im südlichen Afrika spricht, dann singt

er immer gleichzeitig auch ein Loblied auf die freie Marktwirtschaft und die Multinationale, die Young als Protagonisten des Fortschritts in der Dritten Welt sieht.

Carter hat als Kandidat Hoffnungen auf Veränderungen geweckt und dank einer raffinierten Propagandamaschine ein «populistisches Image» geschaffen. Mit dem Eindruck, er sei etwas grundsätzlich Anderses, hat er viele frühere «Oppositionelle», vor allem aus Konsumenten- und Umweltschutzgruppen anzuziehen und sie damit aber auch zu entwaffnen vermocht. Die Konservativen, die aus Angst vor einem vermeintlich progressiven Präsidenten und demokratisch dominierten Kongreß sich frühzeitig gesammelt hatten, sind heute besser organisiert als die fortschrittlicheren Kräfte, die auf Jimmy gesetzt, aber, wie sie erst langsam erkennen, verloren haben.

Carter setzt mit einem andern Stil aber mit einer wenig veränderten Infrastruktur nur den Vierjahreszyklus in Amerikas Geschichte fort. Er provoziert unter den Millionen von Schwarzen und armen Weißen, die auf Veränderungen gehofft haben, erneut Enttäuschung und Erstaunen, warum Wahlen keine grundsätzliche Änderung der Politik bewirken. Vielleicht erinnern sich einige an die Aussage Carters im Mai 1974, als er noch im Anfangsstadium seiner Wahlkampagne als «Populist» erklärte: «Im allgemeinen bestimmten die Mächtigen und Einflußreichen unserer Gesellschaft die Gesetzgebung. Das behindert den Wandel, weil sich die Mächtigen bereits eine privilegierte Stellung in der Gesellschaft erobert haben, sei es mit ihrem Reichtum, dank ihrer sozialen Position oder dank ihrer besseren Ausbildung und Chance für die Zukunft.»*

Roman Berger

* Roman Berger röhrt mit seinem «Brief aus Washington» an die Überlegungen und Hoffnungen vieler Menschen. Ob unter Umständen letzte Entscheidungen Carter auf einen Durchbruch stoßen, wenn er nicht nur «betet», sondern auch schafft, das heißt der «Stimme» gehorcht, die zum «Wandel» ruft? D. Red.

Rhodesien seit Cecil Rhodes

II.

Die Ausführungen über Rhodesien im letzten Heft der «Neuen Wege» haben in Kürze darzustellen versucht, warum und wie sich die Konfliktsituation zwischen Schwarz und Weiß vertieft und ausgeweitet hat. Die seit der einseitigen Unabhängigkeitserklärung, 1965, nicht abreißenden, stets gescheiterten Schlichtungsverhandlungen hatten insofern einen Sinn, daß die Positionen der Verhandlungspartner klar umrissen wurden, daß der rhodesische Premierminister Ian Smith minde-